

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	206
		TOP:	16
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	13.06.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	die Vorsitzende		
Protokollführung:	Herr Häbe / de		
Betreff:	Aktuelle Einschulungszahlen für alle Stuttgarter Grundschulen und Schülerverteilung auf Ganzttag, Mischklassen und Halbttag sowie Darstellung des Sachstands an der Rosenschule in Zuffenhausen - Antrag Nr. 125/2018 (SPD) vom 09.05.2018		

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 16.05.2018, öffentlich, Nr. 182

Ergebnis: Vertagung

Der im Betreff genannte Antrag sowie die Tischvorlage des Referats Jugend und Bildung sind dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zu den Einschulungszahlen verweist einfühend BMin Fezer auf die Tischvorlage.

Bezogen auf die Rosenschule erinnert sie an den Beschluss des Gemeinderates vom März 2017, mit dem die Grundschulbesuchsgrenzen in Zuffenhausen im Bereich der Hohensteinschule, der Neuwirtshaus Schule sowie der Rosenschule verändert wurden. Auch im Hinblick auf die Entwicklung zur Ganztagesesschule bedeute dies, dass bei der Rosenschule ab dem Schuljahr 2018/2019 eine Außenstelle am Standort Hohensteinschule eingerichtet werden müsse. Am Standort Markgröninger Straße (Rosenschule) werde mehr Raum benötigt, um dort die Entwicklung zur Ganztagesesschule gewährleisten zu können. Aufgrund denkmalschützerischer Vorgaben seien dort die räumlichen Möglichkeiten aber eingeschränkt.

Ganztages- und Halbtagesangebot könnten nicht gemeinsam an der Markgröninger Straße realisiert werden. Teile des Schulangebotes für die Eingangsschüler müssten daher an der Hohensteinschule realisiert werden. Die Eltern müssten also ihre Kinder auf beide Schulstandorte verteilen. Versehentlich sei nun wohl auch seitens der Schulleitung kommuniziert worden, dass die Eltern Wahlfreiheit hätten, an welchem Standort sie ihr Kind/ihre Kinder anmelden wollten. Dies sei aber logistisch nicht machbar. Aufgrund dieser nicht seitens der Eltern zu verantwortenden Fehleinschätzung sei bei den Eltern nachvollziehbar Unruhe entstanden. Die Schulverwaltung habe daraufhin intensive Gespräche geführt sowie eine Informationsveranstaltung organisiert. Dabei seien die verschiedenen Varianten angesprochen worden. Bei der beispielhaften Bildung einer Halbtagesklasse in der Markgröninger Straße und der Bildung einer Halbtagesklasse in der Hohensteinschule stelle sich die Frage der Einzugsbereichsgrenzen, und darüber habe mit den Eltern keine Einigung erzielt werden können. Letztlich hätten sich dann die Eltern mehrheitlich für die Variante entschieden, beide Halbtagesklassen am neuen Standort Hohensteinstraße zu beschulen.

Dies mache natürlich nicht alle Eltern glücklich. Aktuell gebe es 30 Anmeldungen für den Halbttag und 71 Anmeldungen für den Ganzttag. Es könne in der Hohensteinschule eine gute Unterbringung sichergestellt werden. Für die beiden Klassen gebe es zwei Klassenräume sowie einen Raum für die Betreuung im Rahmen der verlässlichen Grundschule. Die beieinanderliegenden Räume seien renoviert worden, und die Toiletten würden sich auf derselben Etage befinden.

StRin Gröger (SPD) weist auf die steigenden Geburtenzahlen sowie auf die in Zukunft steigenden Beschulungsbedarfe hin. Die Stadt komme daher nicht umhin, die Grundschulraumkapazitäten zu überdenken. Die Liste der Tischvorlage bezeichne sie als "erfreulich alarmierend". Familien mit Grundschulkindern müssten die Sicherheit erhalten, in ihrem Umfeld eine Beschulungsmöglichkeit in der gewünschten Art und Weise vorfinden zu können. Für StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) müssen die steigenden Schülerzahlen bei den anstehenden Um- und Ausbauten von Schulgebäuden berücksichtigt werden.

Darauf, dass die steigende Geburtenzahl auch im Kindergartenbereich ein Thema ist weist die Vorsitzende hin. Die Verwaltung berücksichtige dies beim Ausbau von Kita-plätzen und Schulen. Wenn sich bei der Verwaltung Anhaltspunkte für Nachsteuerungsbedarfe ergeben, werde die Verwaltung dem Gemeinderat vorschlagen, bereits gefasste Beschlüsse zu überprüfen. Generell gelte, je länger Entscheidungen zurücklägen, desto eher müssten diese überprüft werden. Auch die Vorschläge des Büros Drees & Sommer würden überprüft und aktualisiert.

Für StRin Gröger weist die Liste der Tischvorlage zu den Anmeldezahlen der Klassenstufe 1 zum Schuljahr 2018/2019 Ungereimtheiten auf. So ist für sie völlig unklar, weshalb beispielsweise in Stammheim 100 Schüler allein in Mischklassen geführt werden. In der Herbert-Hoover-Schule sei noch zu klären, ob es auf dem Freiberg, wie es wohl der Betreuungsträger wünsche, eine Ganztages- und eine Halbtagesklasse, oder nur eine Ganztagesklasse gebe. Weiter spricht sie die Einrichtung einer Ganztageschule in Mühlhausen an (neben der Mönchfeldschule). Da dort aber nur halbtags beschult werde, stelle sich schon die Frage der Haltbarkeit städtischer Planungen.

Zur Herbert-Hoover-Schule teilt die Bürgermeisterin mit, aus räumlichen Gründen, und so sei auch die Beschlusslage, könne eine Eingangsklasse auf dem Freiberg gebildet werden. Entsprechend der dortigen Entwicklung werde es sich um eine Ganztagesklasse handeln. Vom Ganztagesträger werde erwartet, dass er mit dieser Situation umgehen könne.

Die geschilderte Entwicklung an der Rosenschule, so StRin Gröger, müsse zur Kenntnis genommen werden. Sie geht von anhaltender Unruhe aus. Da man an Kapazitätsgrenzen stoßen werde, müsse mittelfristig eine Lösung erarbeitet werden. Davon, dass in der Rosenschule weiterhin Ängste auf Seiten der Eltern bestehen geht StR Stradinger aus. StRin Nuber-Schöllhammer geht davon aus, dass die künftigen Halbtageskinder in der Hohensteinschule ein Essensangebot erhalten. Ihr gegenüber wird seitens der Schulverwaltung bestätigt, dass die Kinder, die künftig die Hohensteinschule besuchten, keinen über 2 km langen Schulweg zurücklegen müssen.

StR Stradinger (CDU) sieht angesichts der hohen Anzahl von Mischklassen Redebedarf. Sinngemäß äußert sich StRin Nuber-Schöllhammer. Die Bürgermeisterin betont, die Schulverwaltung betrachte die Entwicklung bei den Mischklassen mit Sorge.

Für StR Stradinger muss das eine oder andere von StRin Gröger angesprochene Thema im Schulbeirat vertieft werden. Diese Einschätzung teilt BMin Fezer. Sie kündigt an, dort diese Themen aufzugreifen. Beim Thema Mischklassen werde das staatliche Schulamt um Auskunft gebeten.

Mit Nachdruck betont StRin Gröger, das Thema Kapazitätsbedarfe sei nicht nur ein Thema des Schulbeirats. Dieses habe auch den Gemeinderat zu interessieren. Erfahrungsgemäß würden in der Vergangenheit angestellte Prognosen nie zutreffen. Um der Situation in 6 Jahren gerecht zu werden, sei es eigentlich heute schon notwendig, Bedarfsschwerpunkte zu beleuchten. Ein Kapazitätsproblem sagt sie beispielsweise für die Martin-Luther-Schule im Stadtbezirk Bad Cannstatt voraus. Dort finde derzeit im Gebiet Seelberg durch den Zuzug junger Familien ein Generationenwechsel statt. Rechtzeitige Maßnahmen führten zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Die Verwaltung, so BMin Fezer, teile die Einschätzung, dass rechtzeitige Weichenstellungen in Sachen Schulentwicklung erforderlich seien.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben schließt BMin Fezer diesen Tagesordnungspunkt ab.

Zur Beurkundung

Häbe / de

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Jugendamt (2)
JB-BiP

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. BezÄ Ca, Zu
 4. Stadtkämmerei (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. Die STAdTISTEN
 9. AfD
 10. LKR